

Verdeckte Ermittlungen

mit Ausblick auf landesrechtliche Vorschriften

Bearbeitet von
Von Prof. Dr. Ursula-Isabel Grün, LL.M.

1. Auflage 2018. Buch. XXVII, 216 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 71967 7
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm
Gewicht: 447 g

[Recht > Strafrecht > Strafrecht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beek-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Ursula-Isabel von der Grün
Verdeckte Ermittlungen



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verdeckte Ermittlungen

Eine praxisorientierte Darstellung der verdeckten Ermittlungsmaßnahmen der StPO

mit Ausblick auf landesrechtliche Vorschriften

von

Prof. Dr. jur. Ursula-Isabel von der Grün, LL.M.

Professorin für Strafrecht und Polizeirecht
an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

2018

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Zitiervorschlag: *von der Grün* Verdeckte Ermittlungen Kap. Rn.

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 71967 7

© 2018 Verlag C.H. Beck
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG / Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Fotosatz Buck,
Zweikirchener Straße 7, 84036 Kumhausen

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar
© Elena Genova, iStockphoto

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Verdeckte Ermittlungsmaßnahmen sind heutzutage ein anerkanntes Mittel zur Verfolgung speziell der schweren Kriminalität. In der Praxis kommt ihnen angesichts veränderter Kriminalitätsstrukturen eine immer größere Bedeutung zu. Deshalb ist es gerade für den polizeilichen Ermittler von besonderer Bedeutung, sich möglichst souverän innerhalb dieser Materie bewegen zu können. Immerhin hängt davon nicht selten der Erfolg des gesamten Ermittlungsverfahrens ab. Ziel des vorliegenden Lehrbuches ist es, Studierenden der Polizei und der Rechtswissenschaften sowie interessierten Berufspraktikern einen schnellen, praxisnahen Einstieg in die spannende Thematik der verdeckten Ermittlungsmaßnahmen zu ermöglichen. Dies geschieht wie folgt:

Im ersten Teil werden die einzelnen heimlichen strafprozessualen Maßnahmen und deren wesentliche Abläufe zunächst jeweils kurz erläutert. Erforderlichenfalls unterstützen Skizzen die Darstellung. Hernach folgt eine Vertiefung der rechtlichen Aspekte, also der Voraussetzungen jeder Maßnahme. In die Vermittlung dieses „Grundwissens“ mit eingeschlossen sind kleine Übungsfälle. Etwaige Sonderkonstellationen bzw. Praxisprobleme der betreffenden Maßnahme werden sodann separat vertieft. Ein Ausblick bezüglich existierender präventivpolizeilicher Parallelvorschriften in den Länderpolizeigesetzen rundet die Erläuterung jeweils ab. Im Interesse einer möglichst anschaulichen, kompakten Darstellung werden wissenschaftliche Meinungsstreite so weit als möglich ausgespart. Da die Polizei den Gerichten zuarbeitet, wird das Augenmerk auf die Sichtweise der Rechtsprechung gelegt.

Im zweiten Teil finden sich Übungsklausuren mit Lösungen. Auf diese Weise kann bei Interesse die Anwendung des erlangten Wissens im Hinblick auf Klausuren trainiert werden.

Ein Anhang enthält schließlich als „Service“ für den Leser Gesamtübersichten: Dargestellt werden die bestehenden Rechtsgrundlagen betreffend die (wichtigsten) verdeckten Maßnahmen; und zwar repressiv (StPO) und präventiv (für Landesrecht Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen).

Das vorliegende Lehrbuch geht auf die Vorlesungstätigkeit der Verfasserin an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg zurück. Dort nehmen die verdeckten Ermittlungsmaßnahmen einen zentralen Stellenwert im Hauptstudium ein. Die positive Resonanz aus dem Kreis der Studierenden gab letztlich den Anstoß zu diesem Buchprojekt.

Das „Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens“ v. 17.8.2017 (BGBl. 2017 I 3202) ist bereits in das Werk mit eingearbeitet. Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung sind seit Inkrafttreten dieses Gesetzes am 24.8.2017 eigens als zulässige verdeckte Ermittlungsmaßnahmen in der Strafprozessordnung verankert.

Villingen-Schwenningen, im September 2017

Ursula-Isabel von der Grin

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXIII
1. Teil. Verdeckte Ermittlungsmaßnahmen der StPO	1
1. Kapitel. Einführung	1
A. Grundlegende Problematik verdeckter Ermittlungsmaßnahmen	1
B. Verdeckte Maßnahmen und die durch sie tangierten Grundrechte ..	2
2. Kapitel. Observationen	7
A. Allgemeines	7
B. Die kurzfristige Observation – Tatbestandsprüfung	10
I. Rechtsgrundlage	10
II. Formelle Rechtmäßigkeit	10
1. Anordnungsbefugnis	10
2. Sonstige besondere Formerfordernisse	10
III. Materielle Rechtmäßigkeit	10
1. Anfangsverdacht	10
2. Adressat	10
3. Verhältnismäßigkeit	11
C. Exkurs: Prüfungsaufbau speziell normierter verdeckter Maßnahmen	11
D. Die längerfristige Observation gem. § 163f StPO –	
Tatbestandsprüfung	12
I. Rechtsgrundlage	12
II. Formelle Rechtmäßigkeit der längerfristigen Observation	12
1. Anordnungsbefugnis	12
2. Sonstige besondere Formerfordernisse	13
III. Materielle Rechtmäßigkeit	13
1. Anfangsverdacht	13
2. Adressat	14
3. Subsidiaritätsklausel	15
4. Verhältnismäßigkeit	16
E. Sonderkonstellationen/-probleme in der Praxis	17
I. Längerfristige Observation von Objekten?	17
II. Kontaktperson ist Berufsheimnisträger iSd §53 StPO	18
III. Zufallsfunde und diesbezüglich gegebenenfalls bestehende	
Verwertungsverbote	21
IV. Frage der Fernwirkung von (Beweis-)Verwertungsverboten	23
1. Begriffliches	23
2. Abgrenzung zu den Verwendungsverboten	24
V. Grenzüberschreitende Observationen	24

F. Parallelvorschriften in den Länderpolizeigesetzen	25
I. Kurzfristige Observation	25
II. Längerfristige Observation	26
3. Kapitel. Inhaltsüberwachung von Telekommunikation – TKÜ	29
A. Grundlegendes zur TKÜ sowie zu anderen strafprozessualen Maßnahmen mit Bezug zur Telekommunikation	29
I. Begriff der Telekommunikation und deren Schutz nach Art. 10 I GG	30
II. Anwendungsbereich der TKÜ nach §100a StPO	31
III. Technischer Ablauf	32
B. Rechtliche Voraussetzungen – Tatbestandsprüfung	33
I. Formelle Rechtmäßigkeit	33
1. Anordnungsbefugnis	33
2. Sonstige besondere Formerfordernisse	33
II. Materielle Rechtmäßigkeit	34
1. Anfangsverdacht	34
2. Adressat	35
3. Kernbereichsschutz	36
4. Subsidiaritätsklausel	36
5. Verhältnismäßigkeit	36
C. Sonderkonstellationen/-probleme	37
I. Zugriff auf E-Mails	37
II. Quellen-TKÜ	40
1. Grundlegendes	40
2. Rechtliches und Ausblick	41
III. Hintergrundgespräche	43
IV. Zielperson ist Berufsheimnisträger	44
V. Zufallsfund	46
VI. Internetforen	47
VII. Erfassung von Surfverhalten	49
VIII. Auslandsproblematik	49
1. Verwertbarkeit von Erkenntnissen aus (rein) im Ausland durchgeführten TKÜ	50
2. (Deutsche) TKÜ mit Auslandsbezug	50
3. „Transborder Search“ – Zugriff auf im Ausland gespeicherte Daten	52
D. Parallelvorschriften in den Länderpolizeigesetzen einschließlich etwaiger Sonderregelungen betreffend die Quellen-TKÜ	54
4. Kapitel. Erhebung von Verkehrsdaten gem. §100g StPO	55
A. Grundlegendes	55
I. Begriff	55
II. Zur Frage der Speicherpflicht der Diensteanbieter	55
III. Vielfältige Erkenntnismöglichkeiten durch Verkehrsdatenerhebung	57
1. Alibiüberprüfung	57

2. Rekonstruktion von Telekommunikationsvorgängen	58
3. Erlangung von Standortdaten	58
4. Erstellung von Bewegungsbildern sowie Sozialprofilen	59
5. Funkzellenabfrage	60
IV. Verfassungsrechtliche Aspekte der Verkehrsdatenerhebung	60
B. Rechtliche Voraussetzungen – Tatbestandsprüfung	60
I. Voraussetzungen des § 100g I StPO zum Zwecke der Erhebung von nach § 96 I TKG gespeicherten Verkehrsdaten	61
1. Formelle Voraussetzungen für die Verkehrsdatenerhebung	61
2. Materielle Rechtmäßigkeitsprüfung bei § 100g I StPO	62
a) Anfangsverdacht	62
b) Adressat	63
c) Subsidiaritätsklausel	63
d) Verhältnismäßigkeit	64
II. Voraussetzungen des § 100g II StPO zum Zwecke des Abrufs der nach § 113b TKG „auf Vorrat“ gespeicherten Verkehrsdaten	64
1. Formelle Voraussetzungen für die Verkehrsdatenerhebung nach § 100g II StPO	64
2. Materielle Rechtmäßigkeitsprüfung bei 100g II StPO	64
a) Anfangsverdacht	64
b) Adressat	65
c) Subsidiaritätsklausel	65
d) Verhältnismäßigkeit	65
C. Rechtsfolge Verkehrsdatenerhebung – neuerdings eine offene Maß- nahme?	65
D. Sonderkonstellationen/-probleme	67
I. Funkzellenabfrage	67
1. Begriff und technische Abläufe	67
2. Rechtliche Voraussetzungen	68
II. Stille SMS – ein Fall von § 100g StPO?	69
1. Begriff und Funktionsweise	69
2. Rechtliches zur stillen SMS	70
III. IP-Tracking	72
1. Hintergrund und technische Aspekte	72
2. Rechtliche Aspekte	74
3. Abgrenzung zum IP-Catching	76
IV. Besonderer Schutz von Berufsgeheimnisträgern gem. § 100g IV StPO	77
V. Verwertbarkeit erhobener Verkehrsdaten	79
1. Im Ausgangsverfahren	79
2. Zufallsfunde und deren Verwertbarkeit in anderen Verfahren	79
VI. Auslandsbezug	80
E. Parallelvorschriften in den Länderpolizeigesetzen	81
5. Kapitel. Einsatz von IMSI-Catchern nach § 100i StPO	83
A. Grundlegendes	83
I. Mögliche Einsatzzwecke	83

II. Technische Funktionsweise des IMSI-Catchers	84
1. Ermittlung von Geräte- und Kartennummern zur Identifizierung	84
2. Erfassung von Standortdaten	86
III. Verfassungsrechtliche Aspekte	87
B. Rechtliches zu § 100i StPO – Tatbestandsprüfung	88
I. Formelle Rechtmäßigkeit	88
1. Anordnungsbefugnis	88
2. Sonstige besondere Formvorschriften	88
II. Materielle Rechtmäßigkeit	89
1. Anfangsverdacht	89
2. Adressat	89
3. Subsidiaritätsklausel	90
4. Verhältnismäßigkeit	90
C. Sonderkonstellationen/-probleme	90
I. IMSI-Catcher-Einsatz zur Eigensicherung	90
II. Verwertbarkeit der nach § 100i StPO erhobenen Daten	91
1. Im Ausgangsverfahren	91
2. In anderen Verfahren	91
D. Parallelvorschriften in den Länderpolizeigesetzen	92
6. Kapitel. Die Erhebung von (Telekommunikations-) Bestandsdaten gem. § 100j StPO	93
A. Grundlagen	93
I. Begriff und praktische Bedeutung	93
II. Speicherrechte bzw. Pflichten	94
III. Verfahren zur Bestandsdatenerhebung	95
1. Automatisiertes Auskunftsverfahren nach § 112 TKG	95
2. Manuelles Auskunftsverfahren nach § 113 TKG	95
IV. Verfassungsrechtliche Aspekte	96
B. Rechtliche Voraussetzungen des § 100j StPO – Tatbestandsprüfung ..	97
I. Formelle Rechtmäßigkeit	97
1. Anordnungsbefugnis	97
a) Regel	97
b) Sonderfall Zugangssicherungs-codes	98
2. Sonstige besondere Formvorschriften	98
II. Materielle Rechtmäßigkeit	99
1. Anfangsverdacht	99
2. Besonderheit bei der Abfrage von Zugangssicherungs-codes ..	99
3. Adressat	100
4. Subsidiaritätsklausel und Verhältnismäßigkeit	100
C. Sonderkonstellationen/-probleme	101
I. Exkurs: Erhebung von Telemedien-Bestandsdaten	101
II. Auslandsbezug	102
D. Parallelvorschriften in den Länderpolizeigesetzen	102
I. Generell	102
II. Für den Abruf dynamischer IP-Adressen	103

III. Betreffend den Abruf von Passwörtern/Zugangssicherungs- codes	103
7. Kapitel. Landespolizeigesetzliche Besonderheit – Regelungen betreffend die Unterbrechung und Verhinderung von Telekommunikation	105
8. Kapitel. Online-Durchsuchung gem. §100b StPO	107
A. Grundlegendes einschließlich verfassungsrechtlicher Aspekte	107
B. Rechtliches	108
I. Formelle Rechtmäßigkeit	108
1. Anordnungsbefugnis	108
2. Sonstige Formvorschriften	108
II. Materielle Rechtmäßigkeit	109
1. Anfangsverdacht	109
2. Adressat	109
3. Subsidiaritätsklausel	110
4. Kernbereichsschutz	110
5. Verhältnismäßigkeit	110
III. Rechtsfolge und Grenzen der Online-Durchsuchung	111
IV. Sonderkonstellationen/-probleme	111
1. Annexkompetenz zur Installation der Spähsoftware	111
2. Verwertbarkeit	111
a) Generell	111
b) Spezielle Verwendungsregelungen bei Zufallsfunden	112
V. Parallelvorschriften in den Länderpolizeigesetzen	112
9. Kapitel. Lauschangriffe	113
A. Allgemeines	113
I. Begriff und grundlegende Abgrenzung	113
II. Der Wohnungsbegriff – zentrales Unterscheidungskriterium bei Lauschangriffen	114
1. Verfassungsrechtliche Aspekte	114
2. Weiter Wohnungsbegriff	114
III. Zulässige technische Mittel sowie deren Verwendung	115
B. Der kleine Lauschangriff nach §100f StPO – Tatbestandsprüfung ...	116
I. Rechtsgrundlage	116
II. Formelle Rechtmäßigkeit	117
1. Anordnungsbefugnis	117
2. Sonstige Formvorschriften	117
III. Materielle Rechtmäßigkeit	118
1. Anfangsverdacht	118
2. Adressat	118
3. Subsidiaritätsklausel und Verhältnismäßigkeit	119
IV. Sonderkonstellationen/-probleme	119
1. Annexkompetenz zur Installation der Abhöreinrichtung ...	119
2. Verwertbarkeit	119
a) Verwertungsverbot für Selbstgespräche	119

b) Zufallsfunde	120
V. Parallelvorschriften in den Länderpolizeigesetzen	121
C. Großer Lauschangriff gem. § 100c StPO – Tatbestandsprüfung	121
I. Rechtsgrundlage	121
II. Formelle Rechtmäßigkeit	121
1. Anordnungsbefugnis	121
2. Sonstige Formvorschriften	122
III. Materielle Rechtmäßigkeit	122
1. Anfangsverdacht	122
2. Zusätzliche Voraussetzung	122
3. Adressat	123
4. Subsidiaritätsklausel	123
5. Kernbereichsschutz	123
6. Verhältnismäßigkeit	125
IV. Sonderkonstellationen/-probleme	125
1. Annexkompetenz zur Installation der Abhöreinrichtung	125
2. Besondere Pflichten im Zuge einer Wohnraumüberwachung:	125
3. Verwertbarkeit	126
a) Gesetzliche Verwertungsverbote	126
b) Sonstige	126
c) Spezielle Verwendungsregelungen bei Zufallsfunden	126
V. Parallelvorschriften in den Länderpolizeigesetzen	126
1. Generell zum großen Lauschangriff	126
2. „Großer Spähangriff“ als Länderpolizeigesetzliche Besonderheit	128
3. Nutzung polizeirechtlich erlangter Daten zu Zwecken der Strafverfolgung	128
10. Kapitel. Ermittlungen mit verdeckt arbeitenden Personen	129
A. Allgemeines	129
I. Erscheinungsformen und Abgrenzung	129
1. Verdeckt arbeitende Privatpersonen	129
2. Verdeckt ermittelnde Polizeibeamte	130
II. Verfassungsrechtliche Aspekte und Rechtsgrundlagen	131
B. Einsatz von V-Leuten	131
I. Formelle Voraussetzungen	132
II. Materielle Voraussetzungen – (ungeschriebene) besondere Anforderungen	132
C. Einsatz von NoeP	133
I. Formelle Voraussetzungen	133
II. Materielle Voraussetzungen	133
III. Befugnisse	134
D. Einsatz verdeckter Ermittler	135
I. Formelle Einsatzvoraussetzungen	135
1. Anordnungskompetenz	135
2. Sonstige Formvorschriften	137
II. Materielle Rechtmäßigkeit	137

1. Anfangsverdacht	137
2. Adressat	138
3. Subsidiaritätsklausel	138
4. Verhältnismäßigkeit	138
III. Befugnisse	139
1. Auftreten im Rechtsverkehr	139
2. Betreten von Wohnungen	139
3. Sonstige Befugnisse und Verpflichtungen	140
4. Grenze Straftatbegehung	141
E. Sonderkonstellationen/-probleme	142
I. Ermittlungen im Internet	142
II. Scheinkäufe und -verkäufe	143
1. Grundlagen	143
2. Aktuelle Tendenzen	143
III. Tätigkeit als agent provocateur	146
1. Allgemeines	146
2. Grenzen des Lockspitzeinsatzes	146
3. Strafprozessuale Folgen einer Tatprovokation	148
4. Straffreiheit des agent provocateur	149
IV. Sonstige Fragen zur Verwertbarkeit	149
1. Fehlen der notwendigen Zustimmung zum VE-Einsatz	149
2. Die verdeckte Befragung – ein Verstoß gegen die Selbstbelastungsfreiheit?	150
3. Zufallserkenntnisse	152
4. Schutz von Berufsgeheimnisträgern und deren Helfern	152
V. VE und Co. als Zeugen vor Gericht?	152
1. Das Problem	152
2. Sperrerklärung	153
a) Rechtmäßige Sperrklärung und deren Folgen	154
b) Rechtswidrige Sperrklärung	155
c) Vernehmung unter optischer und akustischer Abschirmung – die Lösung?	155
F. Parallelvorschriften in den Länderpolizeigesetzen	157
I. Betreffend verdeckt ermittelnde Polizeibeamte	157
1. VE	157
2. NoeP	157
II. Private	157
1. VP	157
2. Informant	158
11. Kapitel. Maßnahmen nach §100h StPO	159
A. Allgemeines und tangierte Grundrechte	159
B. Herstellen von Bildaufnahmen – §100h I 1 Nr. 1 StPO	159
I. Anwendungsbereich und Abgrenzung	159
II. Formelle Rechtmäßigkeit	160
1. Anordnungsbefugnis	160
2. Sonstige besondere Formvorschriften	160

II. Materielle Rechtmäßigkeit	160
1. Anfangsverdacht	160
2. Adressat	161
3. Subsidiaritätsklausel und Verhältnismäßigkeit	161
C. Einsatz besonderer technischer Mittel – § 100h I 1 Nr. 2 StPO	161
I. Begriff und Abgrenzung	161
II. Formelle Rechtmäßigkeit	163
1. Anordnungsbefugnis	163
2. Sonstige Formvorschriften	164
III. Materielle Rechtmäßigkeit	164
1. Anfangsverdacht	164
2. Adressat	165
3. Subsidiaritätsklausel und Verhältnismäßigkeit	165
4. Rechtsfolge einschließlich Annexkompetenz zur Installation der besonderen technischen Mittel	165
D. Sonderkonstellationen/-probleme	166
I. Einsatz von Automatischen Kennzeichenlesegeräten auch zu Zwecken der Strafverfolgung?	166
1. Begriff und technische Funktionsweise	166
2. Repressiver Einsatz von AKLS	166
II. Verwertung von Daten anderer?	168
1. Keine Verwertung von Daten aus Mauterfassungssystemen ..	168
2. Dashcam- und andere Aufzeichnungen von Privatpersonen ..	168
III. Sonstiges zur Verwertbarkeit	169
1. Zufallsfunde	169
2. Überwachung von Auslandsfahrt	169
E. Parallelvorschriften in den Länderpolizeigesetzen	169
I. Betreffend (heimliche) Bildaufnahmen außerhalb der Wohnung	169
II. Einsatz besonderer technischer Mittel	170
III. Betreffend den Einsatz von AKLS	171
12. Kapitel. Computergestützte Fahndungsmaßnahmen	173
A. Die Rasterfahndung gem. §§ 98a, 98b StPO	173
I. Ausgangspunkt und Ablauf der Rasterfahndung	173
II. Verfassungsrechtliche Aspekte	175
III. Formelle Rechtmäßigkeit	175
1. Anordnungsbefugnis	175
2. Sonstige Formvorschriften	176
IV. Materielle Rechtmäßigkeit	176
1. Anfangsverdacht	176
2. Subsidiarität	176
3. Verhältnismäßigkeit	177
V. Rechtsfolge	177
VI. Verwertbarkeit	177
VII. Parallelvorschriften in den Länderpolizeigesetzen	177
B. Interner maschineller Datenabgleich gem. § 98c StPO	178
I. Formelle Voraussetzungen	179

II. Materielle Voraussetzungen	179
III. Grenze	179
IV. Parallelvorschriften in den Länderpolizeigesetzen	179
C. Schleppnetzfangdung gem. § 163d StPO	180
I. Begriff und verfassungsrechtliche Aspekte	180
II. Formelle Voraussetzungen	181
1. Anordnungsbefugnis	181
2. Sonstige Formvorschriften	181
III. Materielle Rechtmäßigkeit	182
1. Anfangsverdacht	182
2. Erfolgstauglichkeit	182
3. Verhältnismäßigkeit	182
IV. Verwertbarkeit von Zufallsfunden	182
V. Parallelvorschriften in den Länderpolizeigesetzen?	183
D. Ausschreibung zur Beobachtung gem. § 163e StPO	183
I. Grundlegendes und verfassungsrechtliche Aspekte	183
II. Formelle Voraussetzungen	184
1. Anordnungsbefugnis	184
2. Sonstige Formvorschriften	185
III. Materielle Rechtmäßigkeit	185
1. Anfangsverdacht	185
2. Adressat	185
3. Subsidiaritätsklausel	185
4. Verhältnismäßigkeit	186
IV. Parallelvorschriften in den Länderpolizeigesetzen	186
13. Kapitel. Postbeschlagnahme gem. §§ 99, 100 StPO	187
A. Allgemeines	187
B. Rechtliche Voraussetzungen – Tatbestandsprüfung	188
I. Formelle Rechtmäßigkeit	188
1. Anordnungsbefugnis	188
2. Sonstige Formvorschriften	188
II. Materielle Rechtmäßigkeit	189
1. Anfangsverdacht	189
2. (Sendungs-)Adressat	189
3. Beschlagnahmезweck und -objekte	190
4. Gewahrsam des Dienstleisters	190
5. Verhältnismäßigkeit	190
C. Durchführung der Postbeschlagnahme	191
D. Länderpolizeigesetzliche Parallelvorschriften?	192
2. Teil. Übungsklausuren	193
1. Fall: Last-Minute-Bankentrio	193
2. Fall: Unverhofft kommt oft	197

Anhang Gesamtübersichten Rechtsgrundlagen (wichtigste) verdeckte Maßnahmen repressiv und präventiv	203
I. Übersicht unter Berücksichtigung Landesrecht Baden-Württemberg (BWPolG)	203
II. Übersicht unter Berücksichtigung Landesrecht Bayern (BayPAG)	205
III. Übersicht unter Berücksichtigung Landesrecht Hessen (HSOG)	207
IV. Übersicht unter Berücksichtigung Landesrecht Niedersachsen (Nds. SOG)	209
V. Übersicht unter Berücksichtigung Landesrecht Nordrhein-Westfalen (PolG NRW)	211
Stichwortverzeichnis	213

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG